Landeshauptstadt Potsdam

Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

13/SVV/0521

öffentlich

Wiedervorlage:

Der Oberbürgermeister

Betreff:

Schulsozialarbeit an jeder staatlichen Potsdamer Schule bezüglich DS 11/SVV/0122 und 12/SVV/0764							
oozagnon be	11/01 1/01 22 dild 12/01 1/01 04						
bezüglich DS Nr.: 11/SVV/0122 und 12/SVV/0764							
		Erstellungsdatum	16.08.2013				
		Eingang 902:	16.08.2013				
Einreicher: FB	Kinder, Jugend und Familie						
Beratungsfolge	- ::						
Datum der Sitzun	Gremium						
04.09.2013	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam						
Inhalt der Mi	tteilung:						
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:							
Sachstand zur Verankerung von Schulsozialarbeit an jeder staatlichen Potsdamer Schule:							
Im Ergebnis der START-Evaluation des gesamten Systems der Schulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam (2010/2011) und des anschließenden Verfahrens zur weiteren Entwicklung des Systems Sozialarbeit an Potsdamer Schulen (2011/2012) beschlossen der Jugendhilfeausschuss am 13.12.2012 sowie der Ausschuss für Bildung und Sport am 15.01.2013:							
"Zur Sicherstellung bedarfsgerechter Kinder- und Jugendhilfeangebote für Schülerinnen und Schüler, die an der Schnittstelle zur Schule (Sozialarbeit an Schulen) erbracht werden, ist ein abgestimmtes Gesamtsystem in der Landeshauptstadt Potsdam notwendig. Auf der Grundlage bisher geführter fachlicher Diskussionen in und zwischen den Bereichen Jugendhilfe und Schule wird daher bis März 2015 ein Rahmenkonzept für die schüler_innenbezogenen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in der Landeshauptstadt Potsdam entwickelt…" (vgl. Anlage 1).							
Beratungser Zur Kenntnis							
Zui Keilillis Gremium:		Sitzung am:					
C. Giriidiri.							
	zurückgestellt zurückgezogen	überwiesen in den Ausschus	S.				

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen?		Ja 🗌	Nein				
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)							
			ggf.	. Folgeblätter beifügen			
			г				
Oberbürgermeister	G	eschäftsbereich 1		Geschäftsbereich 2			
			ſ				
	G	seschäftsbereich 3		Geschäftsbereich 4			

Fortsetzung der Mitteilung:

Innerhalb dieses Gesamtkonzeptes sind auch die künftigen Aufgaben, die Art, der Umfang von sowie die Dringlichkeits- und Intensitätskriterien für die Potsdamer Schulsozialarbeit zu klären (zum Verhältnis "Sozialarbeit an Schulen" und "Schulsozialarbeit" siehe **Anlage 2**).

"Bis zu einer Beschlussfassung zum Rahmenkonzept eines abgestimmten Systems schüler_innenbezogener Jugendhilfeleistungen wird das bestehende System Potsdamer <u>Schulsozialarbeit im</u> <u>bisherigen Rahmen und Umfang</u> fortgeführt, inhaltlich jedoch weiter qualifiziert."

Insofern kann den für das Frühjahr 2015 avisierten Ergebnissen des partizipativ angelegten Erarbeitungsprozesses nicht vorgegriffen und somit zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein Stufenplan für eine Verankerung von Schulsozialarbeit an jeder Potsdamer staatlichen Schule innerhalb der nächsten zehn Jahre vorgelegt werden.

Gemäß der o.g. Beschlüsse von Jugendhilfeausschuss sowie Ausschuss für Bildung und Sport nahmen am 26.02.2013 die "Koordinierungsgruppe Schule-Jugendhilfe" sowie derweil auch die vier fachlichen Arbeitsgemeinschaften gemäß § 78 SGB VIII und eine schulische Arbeitsgruppe die Tätigkeit auf. Beratend begleitet wird der Prozess durch das bundes- und insbesondere landesweit anerkannte Beratungsinstitut kobra.net.

Parallel hierzu erfolgen

- die schuljährlichen Auswertungen der Schulsozialarbeit an den bisherigen zehn Potsdamer Einsatzschulen zur Weiterentwicklung des bestehenden Systems unter Federführung der Arbeitsgruppe Schulsozialarbeit sowie
- die fachliche Begleitung und Auswertung 13 schulbezogener Projekte der Jugend(sozial)arbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes in Verantwortung des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie (vgl. Zwischenberichterstattung in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 20.06.2013).